# Beschlussvorlage

## für die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen

Beschluss Nr.: Bv/319/2018 5

öffentlich 6

Einreicher: Bürgermeister 7

**Federführung:** Sachgebiet Bauverwaltung, **Verfasser:** Frau Hupfer

Behandelt im:

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung der Stadt Werneuchen 26.06.2018 Hauptausschuss der Stadt Werneuchen 12.07.2018 Stadtverordnetenversammlung Werneuchen 26.07.2018

10 11

12

13

2 3 4

> Betreff: Antrag der Stadt Werneuchen auf Befreiung von den Verboten der Allgemeinverfügung zur einstweiligen Sicherung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes WW Werneuchen für den B-Plan " Wohngebiet nördlich des Beiersdorfer Weges" und die parallel durchzuführende FNP-Änderung

14 15 16

17

18

19

20

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen beschließt, dass die Stadt Werneuchen als verfahrensführende Behörde zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Wohngebiet nördlich des Beiersdorfer Weges" und die parallel durchzuführende FNP-Änderung einen Antrag auf Befreiung von den Verboten der Allgemeinverfügung zur einstweiligen Sicherung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes WW Werneuchen bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Barnim stellt.

21 22 23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

39

40

41

42

43

44

46

47

48

49

50

# Begründung:

Im Rahmen der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes bzw. der parallelen FNP-Änderung hat die untere Wasserbehörde (UWB) mitgeteilt, dass sich das Plangebiet gemäß Fachgutachten sowie der Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Werneuchen vom 19.01.2018 in der Schutzzone III des v.g. Wasserschutzgebietes befindet und somit den Verboten der Schutzgebietsverordnung unterliegt. In der Schutzzone III ist die Darstellung von neuen Bauflächen oder Baugebieten im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung, wenn damit eine Neubebauung bisher unbebauter Gebiete vorgesehen wird, verboten. Auch die Festsetzung von neuen Baugebieten im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist ausgeschlossen. Ausgenommen sind Gebiete, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung im gültigen Flächennutzungsplan als Bauflächen oder Baugebiete dargestellt sind, und die Überplanung von Bestandsgebieten, wenn dies zu keiner wesentlichen Erhöhung der zulässigen Grundfläche im Sinne des § 19 (Abs. 2) der Baunutzungsverordnung führt.

Da das Vorhabengebiet bzw. der Änderungsbereich im rechtskräftigen FNP bisher nicht als Baufläche 36 bzw. -gebiet dargestellt ist, wird sowohl die Änderung des FNP als auch die Aufstellung eines Bebau-37 ungsplanes von der UWB abgelehnt. 38

Der Vorhabenträger hat daraufhin als Grundstückseigentümer einen Antrag auf Befreiung von den Verboten der Verordnung des Wasserschutzgebietes Werneuchen gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes für den o.g. Bebauungsplan sowie die parallele Änderung des Flächennutzungsplanes gestellt. Gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes kann die zuständige Behörde von den Verboten einer Wasserschutzgebietsverordnung eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies

erfordern. 45

> Die untere Wasserbehörde hat in ihrem Antwortschreiben vom 30.05.2018 mitgeteilt, dass der Vorhabenträger nicht antragsberechtigt sei. Der Antrag wurde dementsprechend zurückgewiesen. Da derzeit noch kein Baurecht besteht sondern dieses erst durch das laufende Bebauungsplanverfahren bzw. FNP-Änderungsverfahren geschaffen werden soll, kann der Befreiungsantrag ausschließlich von der Gemeinde als Trägerin der Planungshoheit gestellt werden.

Im Antwortschreiben wird ferner darauf hingewiesen, dass die am 06. Dezember 2017 durch den 51 Kreistag Barnim erlassene Wasserschutzgebietsverordnung Werneuchen nicht mehr gilt. Mit der Ver-52 öffentlichung des neuen Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) am 05.12.2017 hat sich die 53

Ermächtigungsgrundlage für Wasserschutzgebietsverordnung geändert. Da die Wasserschutzge-1 bietsverordnung Werneuchen erst nach Inkrafttreten der neuen Regelungen öffentlich bekannt ge-2 macht wurde, muss sie noch einmal mit der nunmehr geltenden Ermächtigungsgrundlage beschlos-3 sen werden. Aufgrund der Notwendigkeit der erneuten Durchführung des Schutzgebietsverfahrens 4 und damit einer noch nicht absehbaren Verfahrensdauer bis zur Festsetzung der neu zu erlassenden 5 Schutzgebietsverordnung wurde von der unteren Wasserbehörde eine Allgemeinverfügung zur einst-6 weiligen Sicherung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes WW Werneuchen erlassen. Die Verfü-7 gung trat mit der Veröffentlichung im Amtsblatt Werneuchen am 20. April 2018 in Kraft. Die Allge-8 meinverfügung sieht ebenfalls die Möglichkeit einer Befreiung von Verboten vor. Daher müssen sich 9 Befreiungsanträge derzeit nicht auf die Wasserschutzgebietsverordnung Werneuchen sondern auf die 10 z. Zt. geltende Allgemeinverfügung beziehen. 11

Mit dem Antrag soll abgeklärt werden, ob im vorliegenden Fall die Voraussetzungen für eine Befreiung erfüllt sind und somit eine Fortführung des Bebauungsplanverfahrens/ FNP-Änderungsverfahrens möglich ist.

2 Zur Information sind der Beschlussvorlage folgende Unterlagen beigefügt:

- Befreiungsantrag des Vorhabenträgers vom 09.04.2018
- Antwortschreiben der uWB vom 30.05.2018
- Stellungnahme der uWB bzw. des Landkreises zum Vorentwurf des B-Plans " Wohngebiet nördlich des Beiersdorfer Weges".

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Sachgebietsleiterin

#### Stellungnahme der Fachausschüsse:

Ausschuss	Datum	Mitglieder	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Stimmenthaltungen
A4	26.06.2018	5 (3)	3	0	0
A1	12.07.2018	7			

Beschlussfähigkeit		Abstimmung		
Gesetzliche Mitgliederzahl:	19	dafür:	8	
davon anwesend:	16	dagegen:	4	
		Stimmenthaltung:	4	
Befangenheit wurde erklärt durch Herr B. Seehawer				
Tagesordnung ist rechtzeitig und ordn				
Die Richtigkeit der Angaben über Besch Tagesordnung ist rechtzeitig und ordnisammlung ist gegeben.  Werneuchen, 26.07.2018			higkeit der Stadtverordn	
Tagesordnung ist rechtzeitig und ordni sammlung ist gegeben.		geladen worden. Die Beschlussfä	higkeit der Stadtverordn	

16

17

18

19 20

28